

Brexit nutzt niemanden – Unsicherheit und Vertrauensverlust schadet Großbritannien und Europa massiv

„Ein Brexit führt zu Unsicherheit und Vertrauensverlust über Jahre. Das ist Gift für die Wirtschaft in Großbritannien aber auch für Gesamteuropa. Dies wird zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten führen mit allen negativen Auswirkungen auf die Euroschuldenkrise, die Arbeitslosigkeit und die Hoffnung auf Besserung. Die Unsicherheit wird zusätzlich noch dadurch erhöht, dass in zwei wichtigen europäischen Ländern – Frankreich und Deutschland - Wahlen anstehen, was diese in den kommenden Monaten handlungsunfähig macht.“ Dies erklärte BGA Präsident Anton F. Börner in Berlin im Rahmen der BGA-Pressekonferenz am Montag zum unmittelbar bevorstehenden Brexit-Referendum in Großbritannien.

Bei einem Ja zum Brexit werden zweijährige Austrittsverhandlungen folgen, die sich bis Mitte 2018 hinziehen können. Während dieser Hängepartie wird große Unsicherheit herrschen, solange sich die künftigen Wirtschaftsbeziehungen in der Schwebe befinden. Die unproduktiven Transaktionskosten werden sich auf beiden Seiten beträchtlich erhöhen. In den anstehenden Verhandlungen wird es vor allem um den Zugang zum Binnenmarkt und den Finanzsektor gehen. Gerade Letzteres ist für die Briten von existenzieller Bedeutung. Denn auch wenn Großbritannien kein Mitglied der Währungsunion ist, wickeln doch sehr viele Marktteilnehmer aus der Eurozone dort ihre Finanzgeschäfte ab. Das bereits jetzt schon schwächelnde Pfund wird weiter unter Druck geraten und gegenüber Dollar und Euro kräftig verlieren. Sicherlich wird sich die Entscheidung auch am Aktienmarkt niederschlagen. Insbesondere auf die englischen kommen schwere Zeiten zu.

Bisherige Modelle wie das der Schweiz oder Norwegens eignen sich nicht als Blaupause für Großbritannien und so wird eine neue Variante einer Sonderregelung sehr wahrscheinlich sein. Aber hier muss auch die EU mitspielen, die Folgen können daher Zölle, neue Marktzugangsregeln und enorme Bürokratie sein.

Großbritannien bedeutender Handelspartner

Großbritannien ist einer der bedeutendsten Handelspartner Deutschlands. Es ist mit einem Volumen von 89 Milliarden

Euro in 2015 unser drittwichtigster Exportmarkt. Es dominieren hier Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische und pharmazeutische Güter. In allen wichtigen Warengruppen erzielt Deutschland deutliche Handelsüberschüsse. Jede Einschränkung des Handels trifft daher Deutschland besonders.

Das Vereinigte Königreich, mit einem BIP von etwas über 2,5 Billionen Euro würde ohne die EU wesentlich weniger wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen als die EU mit dann einem BIP von immer noch mehr als 12 Billionen Euro. Während also Europa rund 15 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einbüßt, sind dies für Großbritannien ohne die EU 85 Prozent! Es wird schon von daher nicht unbedingt leichter, mit Ländern wie beispielsweise Südkorea ein Handelsabkommen zu verhandeln und es ist gut möglich, dass Großbritannien nicht die gleichen Konditionen aushandeln kann, wie das wirtschaftliche Schwergewicht EU. Einmal ganz davon abgesehen, was vom britischen BIP noch bleibt, wenn die Londoner City nicht mehr Nabel der Finanzwelt ist.


Brexit könnte mögliche Sogwirkung haben

„Eine weitere politische Folge wird die Sogwirkung in anderen Mitgliedstaaten sein, wenn erstmals ein Staat aus der EU austritt. Gerade in solchen Ländern, in denen populistische Parteien derzeit einen sehr großen Zulauf haben und sich mehr oder weniger offen für einen Austritt aus der EU

aussprechen. Aus meiner Sicht liefe das auf ein Ende der Europäischen Union hin, wie wir sie kennen. Denn es darf nicht unterschätzt werden, dass zu den kulturellen und historischen Unterschieden sich auch noch die ökonomische Schere immer weiter öffnet - was sicherlich Wasser auf die Mühlen der Europagegner in anderen Ländern ist. Europa würde sich letztlich marginalisieren. Lediglich Frankreich und Großbritannien hätten dann noch durch ihren ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat eine relative Bedeutung. Demgegenüber würde aber Europa nicht mehr als ein großer, starker und leistungsfähiger Kontinent wahrgenommen werden“, warnte der Außenhandelschef.

„Vor allem müssen wir den Ländern eine eigene nationale Identität lassen. Denn sonst wird es nicht bei einem Brexit bleiben. In Frankreich, in Italien, den Niederlanden oder in Tschechien könnte sonst schon bald die nächste Abstimmung über einen Verbleib in Europa folgen. Und auch in Deutschland können Europagegner noch besser ihr Süppchen kochen. Brüssel muss sich wieder mehr um die große Linie kümmern und darf sich nicht im Klein-Klein verlaufen. Fragen der Migration, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie des Binnenmarktes müssen europäisch gelöst werden. Sicher gibt es auch weiterhin den Bedarf an europäinheitlichen Regeln. Gleichzeitig muss aber nicht jedes Detail harmonisiert werden. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass das Subsidiaritätsprinzip, das seit Maastricht 1992 vertraglich verankert ist, auch mit Leben gefüllt wird“, mahnte der BGA-Präsident an.

„Um es deutlich zu sagen: die Annahme, eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat wird unsere Probleme lösen, ist ein vollkommener Trugschluss. Nur gemeinsam werden wir die großen, vor uns liegenden Herausforderungen meistern können. Gemeinsam heißt aber eben auch, zu schauen, was sollte europäisch gelöst werden und was lieber dezentral durch die Mitgliedstaaten. Ich rechne fest damit, dass die Briten für einen Verbleib in der EU stimmen werden“, so Börner abschließend.

 BGA-Pressemitteilung (Auszug) vom 20. Juni 2016

SOZIALPOLITIK

Absenkung der Insolvenzgeldumlage geplant

Das Bundesarbeitsministerium plant, den Insolvenzgeldumlagesatz für das Kalenderjahr 2017 von derzeit 0,12 Prozent auf 0,09 Prozent abzusenken. Eine Absenkung erfolgt ent-

sprechend den gesetzlichen Vorgaben, die eine Absenkung dann vorsehen, wenn die Rücklage die durchschnittlichen jährlichen Aufwendungen der vorhergehenden fünf Kalenderjahre übersteigt. Die gewählte Höhe von 0,09 Prozent ist mit Blick auf die Insolvenzgeldumlage finanziell tragbar und sinnvoll. Mit der geplanten Absenkung wird die erwünschte Kontinuität bei stabiler Rücklage ermöglicht und die Arbeitgeber werden entlastet. Die Entlastung für Arbeitgeber würde rund 288 Mio. Euro betragen.

[Denis Henkel]

AUSSENWIRTSCHAFT

4. Deutsch-Chinesische Regierungskonsultationen in Peking

Anlässlich der 4. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Juni nach Peking und Shenyang. Neben einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation begleiteten sie sechs Ressortchefs und fünf Staatssekretäre.

Aus den Gesprächen ging u.a. eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit in Drittländern und auf Drittmärkten hervor, die als Voraussetzung transparente und faire Wettbewerbsbedingungen nennt. Letzteres wurde auch im Zusammenhang mit deutschem Wirtschaftsengagement in China betont. Umgekehrt zeigte sich Deutschland offen als Investitionsstandort für chinesische Unternehmen. Auch wenn die Zusammenarbeit auf bilateraler, EU- und G20-Ebene wertgeschätzt wurde, so wurden Spannungen hinsichtlich der Frage nach der Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China und dem Umgang mit Überkapazitäten u.a. in den Bereichen Stahl, Aluminium und Chemie deutlich. Die gemeinsame Erklärung steht hier zum Download bereit.

Darüber hinaus fand im Rahmen der Reise die dritte offizielle Sitzung des Deutsch-Chinesischen Beratenden Wirtschaftsausschusses in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Li Keqiang statt. Diskutiert wurden unter anderem der umfassende Strukturwandel und die Wirtschaftsreformen, die China derzeit erlebt und die Herausforderungen, die dies für deutsche wie chinesischen Unternehmen bedeutet. Am Rande der Gespräche wurden Wirtschaftsverträge im Wert von rund 2,7 Milliarden Euro geschlossen.

[Andrea Hideg]

Öffentliche Fachgruppensitzungen des Waren-Vereins der Hamburger Börse

Im Rahmen der öffentlichen Sitzung zweier Fachgruppen des Warenvereins der Hamburger Börse stellte Anna Peter einige Förder- und Beratungsangebote der deutschen Entwicklungszusammenarbeit an Unternehmen vor. So unterstützt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem sogenannten develoPPP.de-Programm, Unternehmen bei Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern, die langfristigen Nutzen für die lokale Bevölkerung haben. Die Partnerschaften werden zwischen einem europäischen Unternehmen und einer der folgenden drei Partnerorganisationen geschlossen: DEG, GIZ oder sequa. Die Projekte müssen eine klare entwicklungspolitische Wirkung erkennen lassen und umwelt- und sozialverträglich sein. Neben dem develoPPP.de Programm, stellte Anna Peter die Arbeit des Import Promotion Desk (IPD) vor. Das IPD ist eine Initiative des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. und der sequa gGmbH – der Entwicklungsorganisation der Deutschen Wirtschaft. Das IPD unterstützt Importeure bei der Beschaffung bestimmter Produkte und verfügt über eine Vielzahl von Kontakten zu zuverlässigen Produzenten aus den Sektoren frisches Obst und Gemüse, Schnittblumen, Technisches Holz und Natürliche Zutaten für Lebensmittel, Pharmazie und Kosmetik.

[Anna Peter]

UMWELT UND ENERGIE

Überarbeitung der Energieeffizienzkennzeichnung

Der Industriausschuss im Europäischen Parlament hat am 14. Juni 2016 über den Bericht des Berichterstatters Dario Tamburrano zur Novellierung der Richtlinie über das Energieeffizienzlabel abgestimmt. Die Kommission hatte im vergangenen Sommer ihren Vorschlag für eine Überarbeitung präsentiert. Nach diesem Vorschlag, der anstelle einer Richtlinie nun eine Verordnung vorsieht, soll es zukünftig nur noch Kennzeichnungen von A - G geben. Die Kommission hatte außerdem vorgeschlagen, die Klasse A und B bei Einführung der Energiekennzeichnung für eine Produktgruppe freizuhalten. Dies lehnt der BGA ab, da es nicht verkaufsfördernd ist, Produkte als bestverfügbare energieeffiziente Technik mit der Klasse C zu verkaufen. Stattdessen sollte höchstens die Klasse A freibleiben. Au-

ßerdem wurde eine Datenbank vorgeschlagen, über die auch die Kennzeichnungen vom Handel abgerufen werden können. Neu und aus Sicht des BGA vor allem zu kritisieren war, dass auch Lagerware um etikettiert werden soll. Dafür hatte die Kommission sieben Tage vorgesehen.

Die Abgeordneten stimmten für eine Datenbank. Auch sprachen sich die Abgeordneten für die neue Kennzeichnung aus. Für eine Umetikettierung sollen nach den Willen der Abgeordneten drei Wochen Zeit bleiben. Die Einführung der Kennzeichnung soll bei Heizungen erst sechs Jahre nach Inkrafttreten erfolgen. Der BGA begrüßt dies, da ansonsten die gerade begonnene Kennzeichnung für Altgeräte in Deutschland ins Leere laufen würde. Denn hier werden noch die bisher aktuellen Kennzeichnungen verwendet, die damit zu Irritation führen würden. Auf Lager befindliche Produkte können ohne Kennzeichnung verkauft werden, wenn ein solches nicht geliefert wird bzw. der Lieferant nicht mehr am Markt aktiv ist. Auch dies kann von BGA-Seite begrüßt werden. Denn häufig führen minimale technische Änderungen bei der Produkten auch zu neuen Artikelnummern, die dann zu Problemen bei der Kennzeichnung führen. Ferner sprachen sich die Abgeordneten für einen Kompromiss bei der Einführung des Etiketts für Produktgruppen aus. Grundsätzlich soll nur die Klasse A freigehalten werden. Für bestimmte Produkte mit einer schnelleren technischen Entwicklung soll es aber bei der Freihaltung der Klassen A und B bleiben.

[Michael Faber]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

7. Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Berlin

Der 7. Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft fand Mitte Juni 2016 im Auswärtigen Amt in Berlin statt. Die Veranstaltung wurde von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und dem Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, eröffnet. Schmidt betonte in seiner Rede, er wolle die Exportstrategie seines Hauses weiter ausbauen. Er berichtete, dass seit Anfang des Jahres rund 80 Beschäftigte zu Fragen des Exports und Außenhandels in seinem Ministerium arbeiteten.

In einer Keynote widerlegte Professor Gabriel Felbermayr, Leiter des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, die These, dass der europäische Handel mit Lebensmitteln und Agrarprodukten zu Lasten der Entwicklungsländer gehe. Er betonte, dass die europäische Agrarpolitik Entwicklungsländern nicht schade, vielmehr profitierten zwei Drittel der Länder von, da diese Nettoimporteure von Agrarprodukten seien. Die Lösung der Ernährungsprobleme in Entwicklungsländern sieht Felbermayr vor allem im Technologietransfer.

In Länder- und Themenforen schilderten über zwanzig Experten die Marktchancen und Herausforderungen in Ländern wie Vietnam, Japan, Großbritannien und den Vereinigten Arabischen Emiraten und berichteten über ihre persönlichen Erfahrungen vor Ort. Zudem bot der 7. Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft Möglichkeiten zum intensiven Austausch mit den geladenen Experten aus den Ministerien und der Wirtschaft.

[Sebastian Werren]

PERSONALIE

Neuer Mitarbeiter für den Bereich Monitoring und CRM beim Import Promotion Desk (IPD)

Seit 01. Juni 2016 arbeitet **Daniel Oppermann** als neuer Mitarbeiter im Bereich Monitoring und CRM beim IPD. Oppermann ist Diplom Regionalwissenschaftler für Lateinamerika mit den Schwerpunktländern Brasilien und Mexiko. Er war unter anderem für einen Dienstleister tätig, der deutsche und europäische Unternehmen beim Markteintritt in Indien unterstützt und hat in einem Projekt zu Erneuerbaren Energien und Umwelt und Ressourcenschutz für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Brasilien gearbeitet. Zuletzt arbeitete Oppermann im Bereich Bildungs- und Austauschprogramme und betreute junge Stipendiatinnen und Stipendiaten, die sich im Rahmen eines Praktikums in einem Projekt in einem Entwicklungs- oder Schwellenland engagieren wollen. Beim IPD ist Oppermann verantwortlich für die Wartung und Pflege der Datenbanken und für alle für das Projektmonitoring relevanten Prozesse in den Sektoren Natürliche Inhaltsstoffe, frisches Obst und Gemüse und Schnittblumen.

Neue Projektkoordinatorin im IPD

Tabea Mack vertritt seit 1. Juni 2016 Till Wolf als Projektkoordinatorin in dem vom BGA und der sequa gGmbH initiierten Projekt Import Promotion Desk (IPD). Zudem übernimmt Mack Aufgaben im Projektmanagement des Sektors Holz. Mack hat im Master Betriebswirtschaftslehre mit dem Fokus Corporate Development und Business Ethics an der Universität zu Köln und der University of the Witwatersrand in Johannesburg, Südafrika, studiert. Während des Studiums sammelte sie Berufserfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit durch ihre Tätigkeiten in der Stabsstelle Unternehmensentwicklung der GIZ, im Projektmanagement der Fairventures Worldwide gGmbH, sowie als Praktikantin und freie Mitarbeiterin beim IPD. Das IPD verknüpft gezielt wirtschaftliche Interessen mit entwicklungspolitischen Zielen, indem es deutsche Importeure mit ausgewählten Unternehmen aus Entwicklungs- und Schwellenländern vernetzt. Mit ihrer fachlichen Kompetenz und praktischen Erfahrungen unterstützt Tabea Mack das IPD bei dem Aufbau nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen in den Partnerländern.

Zitat der Woche

»Das ist die Option zur Selbstzerstörung. Können wir bewusst für eine Rezession stimmen? Wenn wir rausgehen, würden wir unserem Land schaden. Wir wären ein ärmeres Land.«

David Cameron, britischer Premierminister, über die Gefahr eines Austritts seines Landes aus der EU

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 22. Juni 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich